

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tagesblatt

Druckanstalt
Tagesblatt Rieser,
Bernauer Str. 20,
Wolfsbach Nr. 52.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1580.
Circuloff:
Rieser Nr. 52.

Nr. 238.

Montag, 12. Oktober 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Die Harzburger Kundgebung der Rechtsopposition. Reichstagsauflösung und Aufhebung der Notverordnung verlangt. Zur Uebernahme der Verantwortung bereit.

Bad Harzburg, 12. Oktober.

Das Städtchen Harzburg steht vollkommen im Zeichen der Tagung der Rechtsopposition. Schwarz-weiß-rote und Hakenkreuzfahnen, die braunen Uniformen der Nationalsozialisten und die grauen des Stahlhelms verleihen dem äußeren Bilde dieser Tagung das Gepräge.

Die Beteiligung ist sehr stark und erstreckt sich außer auf die Nationalsozialisten, die Deutschen Nationalen und den Stahlhelm auf führende Persönlichkeiten des Reichslandbundes und eine Anzahl bekannter Wirtschaftler, unter denen das rheinisch-westfälische Industriegebiet besonders stark vertreten ist. Von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist dagegen nur Generaloberst von Seeckt anwesend. Dafür sind aber zwei führende Mitglieder der rheinisch-westfälischen Organisation der Deutschen Volkspartei erschienen, Hiltl, Direktor Ruhbier-Duisburg und Hembach-Lübendorf; von der Wirtschaftspartei sieht man den Abg. Sachsenberg.

Das sachliche Ergebnis der gemeinsamen Besprechungen ist in vier Punkten zu sehen, die die Fraktionen der Nationalsozialisten und der Deutschen Nationalen und außerdem die drei früheren Abgeordneten der Landvolkpartei im Reichstag einbringen werden:

„Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen“. „Der Reichspräsident wird ersucht, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auf Sonntag, den 8. November, anzuberaumen“. Der dritte Antrag bezweckt die Aufhebung der Notverordnungen, der vierte verlangt, daß die Zahlung der Polizeikostenzuschüsse an Preußen mit dem 31. Oktober eingestellt wird.

Diese vereinbarten Anträge werden aber von jeder Gruppe für sich eingebracht; damit wird ihre organische Selbständigkeit betont. In allen Erklärungen, die in den einzelnen Fraktionsversammlungen und in der gemeinsamen Konferenz abgegeben wurden, wurde die Bereitschaft zu loyaler Zusammenarbeit und zur Weiterverfolgung der bisherigen gemeinsamen Politik auch im Reichstag betont, dabei wurde aber gleichzeitig die Selbstständigkeit in der Zielsetzung unterstrichen. So erklärte Dr. Frick, daß in der nationalsozialistischen Bewegung auch gewisse Bedenken gegen die Harzburger Tagung vorhanden gewesen seien, aber auch Mussolini habe zunächst koalitionsfähig vorgehen müssen.

Der Tag beginnt mit einer gemeinsamen Kundgebung der Nationalsozialisten und des Stahlhelms um 8 Uhr vor dem Bahnhof. Die Standarten 99 (Braunschweig) und 10 (Goslar) formieren sich und werden durch den SA-Oberführer Korfemann befehligt. Um 10 Uhr nimmt dann die Wachkompanie der Nationalsozialisten und Stahlhelmer vor dem Kurhaus Aufstellung. Als sich Hitler morgens auf dem Balkon des Hotels Fürstlichhof zeigt, wird er stürmisch von der Bevölkerung begrüßt.

Fraktionsitzung der Nationalsozialisten.

Im Verlaufe dieser Sitzung gab Hitler eine Erklärung ab, wie er sagte, nicht um sie gutheißen zu lassen, sondern damit die „ganze Welt“ wisse, daß hinter ihr jeder Nationalsozialist stehe. Der innerpolitische Teil dieser Kundgebung besteht aus neuen, sehr scharfen Angriffen gegen die bisherigen Regierungen, besonders gegen die derzeitige Reichsregierung, gegen die der Vorwurf erhoben wird, daß sie durch das Veräugen einer pflicht- und wahrheitsgemäßen Aufklärung über die furchtbare innere Lage Deutschlands in erster Linie mitschuldig sei an einer Katastrophe, die heute in zwangsläufiger Auswirkung alle Kulturstaaten bedrohe. Die Kundgebung bezeichnet weiter als Ziel der Nationalsozialisten die Ueberwindung der inneren Klaffen; sie kündigt weiter dem Bolschewismus und Marxismus den schärfsten Kampf an.

Die NSDAP sei entschlossen, die Auseinandersetzung zwischen Bolschewismus und Antibolschewismus in Deutschland mit allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz im Sinne der Erhaltung der deutschen abendländischen und christlichen Kultur durchzuführen.

Im dem außenpolitischen Teil erklärt Hitler seine Bereitschaft „zur Erfüllung jeder nichtpolitischen finanziellen Verpflichtung, die wir als Kaufmann zu Kaufmann aufgenommen haben“. Ein national realisiertes und damit von der

übrigen Welt wieder geachtetes Deutschland sei mehr befähigt, aufrechte friedliche Beziehungen zu den anderen Nationen anzuknüpfen, als unser heutiges von den Fieberkrämpfen des Bolschewismus durchschütteltes und am Ende gar vollkommen zerstörtes Volk.

Das Manifest Hitlers.

Adolf Hitler sprach zunächst den Angehörigen seiner Partei seinen Dank aus für die Arbeit und die Opfer, die sie in 12 Jahren nationalsozialistischer Bewegung gebracht hätten und verlas dann ein Manifest, in dem es u. a. heißt: „Im harten Kampf um das Dasein der Völker bleibt Deutschland mehr und mehr zurück. Vor der ganzen Welt erheben wir gegen die bisherigen deutschen Regierungen und besonders gegen die derzeitige Reichsregierung die feierliche Auflage, daß sie durch das Veräugen einer pflichtgemäßen wahrheitsgetreuen Aufklärung über die furchtbare innere Lage Deutschlands in erster Linie mitschuldig sind an einer Katastrophe, die heute in ihrer zwangsläufigen Auswirkung alle Kulturstaaten bedroht. Wir werfen der heutigen Regierung vor, daß sie ohne jedes klares Ziel in Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik den Zustand einer wahren Verwirrung teils selbst anrichtet, teils erhalten und begünstigt hat und schließlich überhaupt keinen klaren Gedanken über irgendeinen Rettungsweg aus unserer Not besitzt. Wir sehen die Möglichkeit der Rettung der deutschen Nation nur in einem glänzenden Appell an die in uns selbst vorhandene Kraft. Feierlich erheben wir Protest gegen die weitere Aufrechterhaltung des sogenannten Friedensvertrages von Versailles, der nicht nur unser deutsches Volk zerstört, sondern in zwangsläufiger Folge die ganze Welt in einen Zustand ewiger Unruhe und Unsicherheit werfen muß. Die von uns allen gewünschte Zusammenarbeit der zivilisierten Nationen zur Behebung der schmerzhaften internationalen Schäden ist solange unbenutzbar, als die Welt durch diesen Vertrag in zwei feindliche Hälften zerfallen ist. Der Kampf gegen die bolschewistische Zerstörung aller bestehenden menschlichen Gemeinschaften legt eine aufrichtige Anfechtung aller derjenigen Nationen voraus, die vor allem im Interesse ihrer hands- und fußarbeitenden Menschen den sozial grausamsten Zustand des bolschewistischen Sklaventums vermeiden wollen. Nachdem Hitler darauf hingewiesen hatte, daß die Regierung Brüning und jede ihr wesensverwandte Regierung in den Ländern nicht das Vertrauen der nationalen Opposition besitze, forderte er die Uebergabe der Macht an die Opposition.

Nach der Fraktionsitzung der Nationalsozialisten fand am Mittag die

gemeinsame Sitzung

der parlamentarischen Vertreter des Reichstages, des preussischen Landtages und des braunschweigischen Landtages der in der nationalen Opposition vereinten Parteien statt. An der Sitzung nahmen auch Vertreter der Landtage anderer deutscher Länder teil.

Dr. Frick erklärte in seiner Eröffnungssprache, man stehe heute an einem Wendepunkt der deutschen Geschichte. Der Sinn der heutigen Tagung sei der, die absolute Einheit und Geschlossenheit der nationalen Opposition kundzutun. Das schließe natürlich nicht aus, daß Programme und Ziele jeder einzelnen Partei unverändert bleiben. Das gemeinsame Ziel sei die Erringung der politischen Macht auf dem schnellsten Wege, auf dem legalen Wege des Zusammenschlusses aller Teile der nationalen Opposition. Es sei auch der Sinn der heutigen Tagung, die sogenannte bürgerliche Mitte durch die heutige Kundgebung auf die Seite der nationalen Opposition zu ziehen. Wenn das Kabinett Brüning noch mit einigen Stimmen Mehrheit sich am Boden halten sollte, so werde das an der ganzen Entwicklung nicht das geringste ändern.

Oberst von Seeckt drückte seine Freude darüber aus, daß er den Ausführungen Fricks vollkommen zustimmen könne, und daß es gelungen sei, die politische Entwicklung so zu gestalten, daß die nationalen Kräfte zu einheitlicher kraftvoller Zielsetzung zusammengefaßt würden. Die Opposition habe die feste Absicht, durchzuhalten gegen alle Widerstände und alle Versuche, Gift in diesen Zusammenschluß hineinzuträufeln.

Für das Landvolk sprach Abgeordneter Dr. Wendhausen; das Landvolk müsse unbedingt auf der Seite der nationalen Opposition stehen, sonst würde die Geschichte das deutsche Landvolk als Verräter brandmarken.

Für die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei sprach Abgeordneter von Winterfeld; er kam zu dem Schluß, die nationale Opposition müsse gleichzeitig im Reich und in Preußen an die Macht. Aufgabe der Landtagsfraktion der Deutschen Nationalen werde es sein, in eine Parallelfaktion einzutreten und ähnliche Anträge wie im Reichstag zu stellen.

Landtagsabgeordneter Rube, der für die nationalsozialistischen Abgeordneten des preussischen Landtags sprach, stellte fest, daß hinter den sechs Abgeordneten der Nationalsozialisten im Landtag heute mindestens 7 Millionen Wähler ständen. Eine Wiederkehr des Zentrums und der Sozialdemokratie zur politischen Macht nach der Machtübernahme durch die nationale Opposition werde nicht mehr in Frage kommen.

Nach den Besprechungen der nationalen Fraktionen fand ein Feldgottesdienst auf dem Vossenberg hinter den Eichen statt. Zur Rechten hatten rund 2000 Stahlhelmer, zur Linken SA-Leute von kaum geringerer Zahl Aufstellung genommen. Nach dem Niederländischen Dankgebet sprachen Hofprediger Doehring sowie der katholische Pfarrer Goynta aus Schlesien.

Die gemeinsame Entschliebung der nationalen Front.

Die nationale Front, einzig in ihren Parteien, Bündnissen und Gruppen, von dem Willen befeuert, gemeinsam und geschlossen zu handeln, gibt folgendes an:

Die nationale Opposition hat seit Jahren vergeblich gewartet vor dem Verlagen der Regierungen und des Staatsapparates gegenüber dem Blutvergießen des Marxismus, vor dem fortschreitenden Kulturbolschewismus und der Zerschlagung der Nation durch den Klassenkampf, vor der planmäßigen Ausschaltung der nationalen Kräfte aus der Leitung des Staates vor einer Politik, die in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entmannung Deutschlands noch über das Diktat von Versailles hinausgeht, vor einer Politik, die die heimische Wirtschaft zu wirtschaftlich schändlichen Utopien preisgibt, vor einer Politik der Untertänigkeit dem Ausland gegenüber, die weder die Gleichberechtigung Deutschlands gebracht hat, noch den zerrissenen Osten vor einem kriegerischen Einbruch bewahrt. Entschlossen, unser Land vor dem Chaos des Bolschewismus zu bewahren, unsere Politik durch wirksame Selbsthilfe aus dem Strudel des Wirtschaftskollapses zu retten und damit der Welt zum wirklichen Frieden zu verhelfen, erklären wir:

Wir sind bereit, im Reich und in Preußen in national geführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen. Wir stoßen keine Hand zurück, die sich zu wirklich ehrliebender Zusammenarbeit anbietet. Wir müssen es aber ablehnen, die Erhaltung eines falschen Systems und die Fortsetzung eines falschen Kurses in einer nur national getarnten Regierung der bisherigen Kräfte irgendwie zu hängen. Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegnerschaft rechnen. So fordern wir den sofortigen Rücktritt der Regierungen Brüning und Brüning, die sofortige Aufhebung der diktatorischen Vollmachten für Regierungen, deren Zusammensetzung nicht dem Volkswillen entspricht und die sich nur noch mit Notverordnungen am Boden halten. Wir fordern sofortige Neuwahlen der überalterten Volksvertretungen vor allem im Reich und in Preußen. Im vollen Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung erklären wir, daß die in der nationalen Opposition stehenden Verbände bei kommenden Unruhen wohl Leben und Eigentum, Haus, Hof und Arbeitsstellen derjenigen verteidigen werden, die sich mit uns offen zur Nation bekennen, daß wir es aber ablehnen, die heutige Regierung und das heute herrschende System mit dem Einlage unseres Blutes zu schützen. Wir verlangen Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit und Rüstungsangleichung. Einig stehen wir zu diesen Forderungen. Wichtig ist jeder, der unsere Front zerreißt. Wir beschwören den durch uns gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in letzter Stunde durch Berufung einer wirklich nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel herbeiführt. Die Träger dieser nationalen Regierung wissen um die Wünsche und Ängste des deutschen Volkes aus ihrer blutdürstigen Verbundenheit mit diesem. Sie haben die Entwicklung der letzten Jahre vorausgesehen. Der Ablauf der Geschichte hat die Möglichkeit ihrer Vorklänge und Forderungen erwiesen. Darin sehen wir in tiefstem Sinne die Berechtigung zur Uebernahme der Regierungsgewalt. Nur der starke nationale Staat kann Wirtschaft und Arbeitskraft schützen. Nur der starke nationale Staat kann das Leistungsprinzip in jeder Form verwirklichen und die zur Herbeiführung einer wahren Volksgemeinschaft notwendigen sozialen Maßnahmen durchzuführen. Wir verlangen von allen Volksgenossen Pflichterfüllung und Opfer. Wir glauben an die Erfüllung unserer Aufgaben, weil wir auf die deutsche Kraft, auf die Zukunft unseres Volkes vertrauen.

Die Verlesung der Entschliebung wurde mit stürmischen Beifällen aufgenommen.

(Fortsetzung des Berichtes in der I. Beilage.)

„Über was soll werden, wenn Hinterdorf uns in diesem Augenblick verläßt? Siedet eine Unruhe für Europa? Was wird aus der Strafe?“

„Das ist in dem Glasboden stehen, wor nicht immer es...“

„Gut drehte Frick die Kampe mit den bunten Augen...“

„zu bringen! Du lächelst nicht...“